
Im Zeitalter der Globalisierung?

Rezension von: Marianne Beisheim u. a.,
 Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen
 und Daten zur gesellschaftlichen und
 politischen Denationalisierung. Nomos
 Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999,
 572 Seiten, öS 920,-.

Es gibt kaum eine grundlegende politische Institution der Moderne, von der nicht behauptet würde, daß Globalisierung sie herausfordert, transformiert und untergräbt. Und doch bleibt dieser Begriff, der nicht nur in der Sprache von WissenschaftlerInnen aller sozialwissenschaftlichen Disziplinen, sondern auch in der Rhetorik von PolitikerInnen, PublizistInnen und JournalistInnen Eingang gefunden hat, meist seltsam diffus. Der Ausdruck, der ursprünglich Mitte der achtziger Jahre in den Zentralen von multinationalen Unternehmen geprägt wurde und der gut zehn Jahre später schließlich in die "Top Ten" der "Worte des Jahres" der Gesellschaft für deutsche Sprache aufgenommen wurde, ist inhaltlich alles andere als klar. Was ist Globalisierung eigentlich genau? Wer oder was ist davon in welchem Maße betroffen? Diese Fragen sind überraschenderweise weitgehend unbeantwortet. Angesichts der Reichweite der Konsequenzen, die einem in den siebziger Jahren eingetretenen Schub in der Globalisierung zugeschrieben werden, kann es eigentlich nur verwundern, daß in der Diskussion hinsichtlich des empirischen Gehalts des Prozesses häufig mit anekdotischen Illustrationen, selten mit einigen wenigen ökonometrischen Kennziffern und fast nie auf Basis systematischer empirischer Erhebungen argumentiert wird.

Wenig verwunderlich, daß dies KritikerInnen auf den Plan gerufen hat, die das aufgeregte Gerede von einem Globalisie-

rungsschub für eine sozialwissenschaftliche Modeerscheinung halten, deren materieller Gehalt das Niveau von Wahlkampfveranstaltungen nicht überschreitet. Globalisierung – so das Argument – sei historisch keinesfalls einmalig; das gegenwärtige Ausmaß der grenzüberschreitenden ökonomischen Vernetzung gehe nicht über das von 1914 hinaus. Ist Globalisierung also nur eine "alte Bekannte" oder am Ende ein Phantom – erfunden oder konstruiert, um der Durchsetzung ganz spezifischer Interessen zu dienen? Auch die Antwort auf diese Frage scheint alles andere als klar. Trotz (oder vielleicht auch gerade wegen) des eindrucksvollen Publikationsvolumens zum Thema Globalisierung: Eine genuin empirische Debatte über den Prozeß steht weitgehend aus.

Das Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse in diesem Band vorgestellt werden, widmet sich diesen Fragen nach dem empirischen Gehalt und der Gestalt der Globalisierung sowie deren Folgen. Das vorliegende Buch versucht in diesem Zusammenhang anhand quantitativer Indikatoren empirisch zu zeigen, daß 1.) das Bild von Globalisierung als lawinenartigem Schub, der in den siebziger Jahren einsetzt, bei weitem zu undifferenziert ist. Globalisierung ist vielmehr ein vielfach gebrochener Prozeß, der je nach Land und Sachbereich variiert; 2.) Globalisierung spätestens seit den neunziger Jahren in ihrer Breite und in ihrer Intensität tatsächlich eine neue Qualität angenommen hat und weit über das hinausreicht, was zu Beginn dieses Jahrhunderts zu beobachten war, und 3.) parallel zur Globalisierung ein gleichfalls differenzierter Prozeß der politischen Integration und der politischen Fragmentierung einsetzt und sich insofern auf der Makroebene eine entsprechende Korrelation aufzeigen läßt.

Aus empirischer Perspektive wird schnell deutlich, daß "Globalisierung" kaum als ein glücklicher Begriff bezeichnet werden kann. Ob beim internationa-

len Handel oder bei Direktinvestitionen, bei Kommunikationsströmen oder beim internationalen Reiseverkehr: Immer zeigt sich, daß der Großteil der grenzüberschreitenden Interaktionen, die häufig als Anzeichen von "Globalisierung" bezeichnet werden, innerhalb eines Raumes abläuft, der geographisch keinesfalls global ist. Grenzen lösen sich nicht auf, sie verschieben sich nur. Tatsächlich findet die weitaus größte Zahl der Interaktionen schwerpunktmäßig innerhalb eines Raumes statt, der durch die Länder der OECD begrenzt wird. Ob die Ausweitung der Interaktionsräume nur vorläufig oder systematisch ihre Grenzen an den Rändern der westlichen Welt findet oder tatsächlich nach erdumspannender "Globalität" strebt, sollte als eine offene Frage gelten und nicht schon mit der Wahl des Begriffes vorentschieden werden. Die gegenwärtige Entwicklung, so die Autoren, wird deshalb durch den Begriff der "Denationalisierung" besser erfaßt. Hier wird ausgehend vom Nationalstaat – verstanden als politisch konstituiertem Raum von verdichteten Handlungszusammenhängen – der Akzent auf die Aufweichung nationalstaatlicher Grenzen gelegt, ganz unabhängig davon, ob die neuen verdichteten Handlungsräume tatsächlich geographische Globalität erlangen und ob sich territoriale Grenzen gänzlich auflösen.

Neben der Ausweitung grenzüberschreitender Interaktionen wird häufig auch die gestiegene Bedeutung internationaler Organisationen und Regime als "Globalisierung" begriffen. Damit wird die Bedeutung des Begriffes jedoch so sehr ausgeweitet, daß eine klare Trennung zwischen "Globalisierung" und ihren möglichen politischen Folgen kaum mehr möglich ist. Es scheint deshalb sinnvoll, eine Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen Handlungsräumen und den sie regelnden institutionellen Arrangements einzuführen, zumal die Veränderung von gesellschaftlichen Handlungsräumen zwar möglicherweise, aber nicht

notwendigerweise Veränderung in der Reichweite von politischen Regelungen zur Folge hat. Nach dieser Vorstellung existiert neben einer Ebene zu regelnder Interaktionen als systematisches Gegenstück eine Ebene von Regelungen, die sich auf diese Interaktionen beziehen. Insofern die zu regelnden Interaktionsräume die Grenzen des Nationalstaates überschreiten, handelt es sich um gesellschaftliche Denationalisierung; wenn sich die Reichweite der politischen Regelungen von der nationalstaatlichen Ebene wegentwickelt, liegt politische Denationalisierung vor. Der Handel mit Fertigwaren ist dementsprechend beispielsweise der gesellschaftlichen Denationalisierung zuzuordnen, Gründung oder Ausbau der Welthandelsorganisation jedoch der politischen Denationalisierung.

Bei der eingeführten Differenzierung geht es den Autoren nicht um die Reproduktion der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft. Gesellschaftliche Denationalisierung soll sich vielmehr auf alle Interaktionsphänomene beziehen, die potentiell der Regelung bedürfen, während politische Denationalisierung eben diese Regelungen oder Regelungsversuche kennzeichnet. Häufig werden zwar staatliche Akteure die regelnden Instanzen darstellen oder formen, es ist jedoch auch denkbar, daß die Interaktionen staatlicher Akteure etwa im Rüstungsbereich selbst der Regelung bedürfen. Da die Nation und der Nationalstaat äußerst wichtige Gemeinschaftsorientierungen in der Moderne bereitgestellt haben, so kann die Individualisierung, so die Autoren, als Erklärung für postnationale kollektive Identitäten unter- und oberhalb der Nation dienen. Es ist jedoch anzunehmen, daß Individualisierungsprozesse selbst in einem kausalen Beziehungsverhältnis zu gesellschaftlicher und politischer Denationalisierung stehen und somit diese Entwicklung verstärken können.

Vor dem Hintergrund dieser konzeptioneller Überlegungen geht die vorliegende

Untersuchung von folgender These aus: Politische Denationalisierung in der spezifischen Form der Gleichzeitigkeit von Integration und Fragmentierung (abhängige Variable) ist das Ergebnis von gesellschaftlicher Denationalisierung und Individualisierung (unabhängige Variablen). Konkret bilden die folgenden vier Aussagen die Hypothesen, die empirisch überprüft worden sind: 1.) Seit Mitte der siebziger Jahre ist der Prozeß der gesellschaftlichen Denationalisierung schubartig beschleunigt worden. 2.) Gesellschaftliche Denationalisierung hat eine neue Qualität angenommen und reicht heute weit über das hinaus, was zu Beginn dieses Jahrhunderts zu beobachten war. 3.) Nach dem Auftreten der gesellschaftlichen Denationalisierungs- und Individualisierungstendenzen kommt es zeitversetzt zu einem Schub politischer Denationalisierung, und 4.) politische Denationalisierung ist sowohl in Form von Fragmentierungs- als auch in Form von Integrationstendenzen zu beobachten.

Das zentrale Ergebnis der Datenerhebung ist, daß gesellschaftliche Denationalisierung ein Prozeß ist, der in der gesamten Breite der untersuchten Sachbereiche (Kommunikation und Kultur, Mobilität, Sicherheit, Umwelt und Wirtschaft) in den betrachteten Länder stattfindet. Im Sinne der Ausweitung von grenzüberschreitenden Interaktionen lassen sich Denationalisierungsprozesse teilweise schon in den fünfziger Jahren beobachten. Eine erste Beschleunigung der Entwicklung zeigt sich in den sechziger Jahren. Seit den siebziger Jahren tritt diese Beschleunigung in allen Sachbereichen auf. Genau in den achtziger Jahren setzt jedoch ein starkes Wachstum neuartiger Denationalisierungsphänomene ein, die dadurch gekennzeichnet sind, daß weniger ein Austausch als vielmehr eine grenzüberschreitende Produktion etwa von "goods" stattfindet. Jenseits dieser abstrakten Entwicklungslinien handelt es sich bei der gesellschaftli-

chen Denationalisierung um einen vielfach gebrochenen, uneinheitlichen und je nach Problem und Land differenziert zu betrachtenden Prozeß.

Obwohl die Phänomene der gesellschaftlichen Denationalisierung nicht nur im ökonomischen Bereich auftreten, lassen sich auch auf diesem Gebiet entsprechende Prozesse eindeutig identifizieren. Im Bereich des Güterhandels beispielsweise zeigt sich ein deutliches Wachstum der Außenhandelsquoten, das bis zur Mitte der siebziger Jahre für alle betrachteten Länder anhält. Danach finden sich weitere Steigerungen in Kanada, Deutschland, Frankreich und den USA, während Japan, Italien und Großbritannien eine eher ungleichmäßige bis rückläufige Entwicklung aufweisen. Da in der vorliegenden Untersuchung zum Teil sehr lange Zeitreihen existieren, zeigt sich auch, daß die Exportquoten schon Mitte der siebziger Jahre das Niveau der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg deutlich überschreiten. Unterhalb des Aggregationsniveaus des gesamten Güterhandels ist darüber hinaus sichtbar, daß sich der Anteil der importierten Vorleistungen an allen Vorleistungen in der Mehrzahl der betrachteten Ländern erheblich erhöht. Dies verweist auf die Existenz transnationaler Produktionsketten, bei denen ein Gut nicht mehr in einem Land hergestellt und dann eventuell international gehandelt wird, sondern schon den Herstellungsprozeß in verschiedenen Staaten im Sinne der grenzüberschreitenden Produktion durchläuft.

Auch die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen nehmen erheblich an Bedeutung zu. Die ausländischen Forderungen der Banken beispielsweise steigen auch relativ zur Bedeutung inländischer Forderungen in der Mehrzahl der betrachteten Staaten an, was sich auch im Auslandsanteil der Staatsverschuldung widerspiegelt. Dramatischer ist die Entwicklung bei den Direktinvestitionen. Während hier die absoluten Investitionsflüsse nahezu exponentiell verlaufen, ver-

ändert sich das Verhältnis von Direktinvestitionen zu heimischen Anlageinvestitionen v.a. in den achtziger Jahren stark zugunsten der ausländischen Engagements. Im Durchschnitt verdoppelt sich das Verhältnis nahezu, wobei die Entwicklung insbesondere in Großbritannien auf höherem Niveau und mit höheren Steigerungsraten verläuft. Diese Direktinvestitionen erfassen nicht nur einen erheblichen Teil der Kapitalströme, sondern gleichzeitig auch die Zunahme der Bedeutung multinationaler Unternehmen, die sich in den achtziger Jahren auf dem Wege strategischer Allianzen auch untereinander zunehmend verwickeln. Als Phänomen des Typs "grenzüberschreitende Produktion", so die Autoren, sind jedoch auch die internationalen Finanzmärkte aufzufassen, die sich territorial kaum mehr eindeutig zuordnen lassen und auf denen Akteure aus verschiedensten Ländern Geschäfte in diversen Währungen abwickeln. Beim Volumen dieser Märkte zeichnet sich schon seit den siebziger Jahren eine exponentielle Entwicklung ab, die sich jedoch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch einmal beschleunigt. Insgesamt kommt die Untersuchung zum Schluß, daß der Wirtschaftsbereich eine vergleichsweise langsame, aber kontinuierliche Denationalisierungsentwicklung beim Handel erfährt, die spätestens seit Mitte der achtziger Jahre durch einen Schub in den Bereichen Direktinvestitionen, strategische Allianzen und globale Finanzmärkte begleitet wird.

Politische Denationalisierung, d.h. der Abbau der Dominanz nationalstaatlicher politischer Institutionen, scheint für die betrachteten Länder ein relativer junger Prozeß zu sein. Bezüglich der territorialen Reichweite politischer Institutionen stellt sich die Entwicklung folgendermaßen dar: Nach dem Zweiten Weltkrieg ist sowohl die Zahl der internationalen Organisationen als auch die Anzahl neu abgeschlossener internationaler Verträge kontinuierlich und parallel angewachsen.

Ab Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre löst sich die Parallelität der Entwicklungen von internationalen Organisationen und internationalen Regelungen auf. Während die Anzahl der internationalen Organisationen stagniert und teilweise sogar leicht abnimmt, nehmen die Regelungen konkreter Problemfelder deutlich und nachhaltig insbesondere zu Anfang der siebziger Jahre sowie ab Ende der achtziger Jahre zu. Die Betrachtung der Regelungen im Rahmen der EG bestätigt diese Entwicklung nachdrücklich. Im Rahmen eines relativ stabilen internationalen organisatorischen Umfeldes zeigt sich also ab Anfang der siebziger Jahre eine beschleunigte Ausweitung politischer Regelungen mit Reichweiten jenseits des Nationalstaats. Bei der personalen Reichweite politischer Institutionen des demokratischen National- und Wohlfahrtsstaates läßt sich hingegen eine Einschränkung feststellen, d.h. auch hier findet politische Denationalisierung statt, allerdings in einem fragmentativen Sinne. Seit mindestens fünfzehn Jahren scheint sich die Integrationskraft des demokratischen Wohlfahrtsstaates in den betrachteten Ländern erschöpft zu haben und in der Tendenz sogar abzunehmen. Dies zeigt sich in der Mehrheit der Länder in der Einschränkung der Teilhabe- und Zugangsrechte für einen wachsenden Personenkreis. So fallen in den achtziger Jahren immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze, was als Ausdruck einer Rücknahme der sozialen Bürgerrechte in der Marshall'schen Konzeption gesehen werden kann. In diesem ist auch bemerkenswert, daß die Arbeitsverhältnisse von immer weniger Menschen durch kollektivvertragliche Vereinbarungen abgesichert sind und immer weniger Arbeitnehmer sich in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen befinden. Auch die fremdenfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft nehmen in den achtziger Jahren an Bedeutung zu und können als Ausdruck der personalen Fragmentierung im

Sinne der Verweigerung von Grundrechten gedeutet werden. Jedoch ist der Trend zur personalen Fragmentierung keineswegs einheitlich. Besonders ausgeprägt scheint er in den USA und in Großbritannien zu sein, während diesem Prozeß in Kanada und Deutschland zumindest bis Ende der achtziger Jahre teilweise widerstanden werden konnte.

Bei der Überprüfung der vier aufgestellten Hypothesen kommen die Autoren zu folgenden Ergebnissen: Die Hypothese von einem "schubartigen Anstieg der gesellschaftlichen Denationalisierung" bedarf einer Modifikation. Vielfach handelt es sich hierbei um einen gebrochenen und je nach Problem und Land differenziert zu betrachtenden Prozeß. Insbesondere im Sicherheitsbereich lassen sich signifikante Denationalisierungsprozesse schon in den fünfziger und insbesondere sechziger Jahren beobachten. In den siebziger Jahren tritt eine Beschleunigung des Prozesses – entsprechend der Hypothese – in der vollen Breite der Sachbereiche auf. Die zweite Hypothese "Gesellschaftliche Denationalisierung hat eine neue Qualität angenommen" ist heute in der Tat in allen untersuchten Sachbereichen in den sechs Ländern erkennbar. Völlig neu sind die aufgezeigten Entwicklungen im Bereich der grenzüberschreitenden Produktion von Denationalisierungsphänomenen, die ab Mitte der achtziger Jahre schubartig einsetzen. Gerade für diese Herausforderungen – Internet, anthropogener Klimawandel, globale Finanzmärkte etc. – ist das Konzept des qualitativ Neuen angemessen. Die Herausforderung der gesellschaftlichen Denationalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts ist damit von noch nie dagewesener Quantität und

neuer Qualität. Die Hypothese "Nach dem Auftreten von gesellschaftlichen Denationalisierungs- und Individualisierungstendenzen kommt es zeitversetzt zu einem Schub politischer Denationalisierung" kann im wesentlichen als bestätigt gelten. Die vierte Hypothese "Politische Denationalisierung äußert sich sowohl in Form von Fragmentierungs- als auch in Form von Integrationstendenzen" muß aufgrund des Datenmaterials deutlich präzisiert werden. Statt einer allgemeinen Gleichzeitigkeit von Integrations- und Fragmentierungstendenzen muß vielmehr von einer Entwicklung territorialer Integration und personaler Fragmentierung gesprochen werden. Erstere setzt allerdings bereits Mitte der siebziger Jahre ein, während letztere v.a. in den achtziger Jahren auftritt.

Die vorliegende Untersuchung bietet zum einen ein empirisch fundiertes Bild über das wirkliche Ausmaß der Denationalisierung, das es meines Wissens in dieser Form bisher nicht gab, und sie unterstreicht, daß auf Makroebene bemerkenswerte Korrelationen zwischen den betrachteten Phänomenen existieren. Sie können jedoch Kausalanalysen, sei es in Form von qualitativen Studien oder in Form von anspruchsvollen statistischen Analysen, nicht ersetzen. Die vorliegenden Ergebnisse sollen vielmehr derartige Studien anregen und durchführen helfen. Insofern sind die hier vorliegenden Daten nicht nur die empirische Untermauerung der oben eingeführten Argumentation, sondern sie bieten auch eine infrastrukturelle Grundlage für weitergehende Analysen und Forschungen.

Josef Schmee